



Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 21. Sitzung der
Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde
am 22.06.2021, 18:00 Uhr,
im Familiengarten Eberswalde, Stadthalle "Hufeisenfabrik",
Am Alten Walzwerk 1, 16227 Eberswalde

TAGESORDNUNG

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 20. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde vom 25.05.2021
4. Feststellung der Tagesordnung
5. Informationen des Vorsitzenden
6. Einwohnerfragestunde
7. Informationen aus der Stadtverwaltung
8. Informationsvorlagen
9. Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen und Stadtverordneten sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vorsitzenden der Beiräte gemäß Hauptsatzung und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung
10. Informationen aus bzw. zu den Ausschüssen
11. Ab- und Berufung von sachkundigen Einwohner/innen
12. Genehmigung von Eilentscheidungen
13. Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)
- 13.1. **Vorlage:** BV/0468/2021 **Einreicher/
zuständige Dienststelle:** 30 – Rechtsamt
**Findungskommission für die Besetzung der Stelle einer/eines
Ersten Beigeordneten (m/w/d)**

- 13.2. **Vorlage:** BV/0470/2021 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: 01.1 – Bürgermeisterbereich
Fortsetzung der Möglichkeit von Hybrid-, Video- und Audiositzungen der StVV und ihrer Ausschüsse
- 13.3. **Vorlage:** BV/0469/2021 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: 01.1 – Bürgermeisterbereich
Fortsetzung des Livestreams der Stadtverordnetenversammlung
- 13.4. **Vorlage:** BV/0458/2021 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: 61 – Stadtentwicklungsamt
**Grün- und Freiflächenkonzept für das Siedlungsgebiet der Stadt Eberswalde
Selbstbindungsbeschluss**
- 13.5. **Vorlage:** BV/0464/2021 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: 02.23 – Referat für Wirtschaftsförderung
Eberswalder Wachstums- und Konjunkturpaket II
- 13.6. **Vorlage:** BV/0451/2021 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: 67 – Bauhof
Ausweisung einer weiteren Beisetzungsfläche im Stadtwald Eberswalde
- 13.7. **Vorlage:** BV/0454/2021 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: 67 – Bauhof
Neufassung der Nutzungsordnung für den "RuheForst Eberswalde"
- 13.8. **Vorlage:** BV/0465/2021 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: Fraktion SPD | BFE
Photovoltaik und Solaranlagen auf Dächern und Fassaden
- 13.9. **Vorlage:** BV/0465/2021 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
Fraktion DIE LINKE.
Bündnis „Seebrücke“ / Sicherer Hafen für Geflüchtete

TOP 1:

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Herr Hoeck, Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung (StVV), eröffnet die öffentliche Sitzung um 18:00 Uhr.

Weiterhin begrüßt Herr Hoeck alle Anwesenden zur Hybridsitzung der StVV, an der nachstehende Stadtverordnete mit genehmigten und begründeten Anträgen auf der Grundlage von § 5 Abs. 2 der Brandenburgischen kommunalen Notlagenverordnung in Verbindung mit dem Beschluss Nr.: 18/189/21 der StVV vom 23.03.2021 per Videozuschaltung teilnehmen dürfen:

	Antragstellung am:	Genehmigung vom Vorsitzenden der StVV am:
Herr Oskar Dietterle	21.06.2021	21.06.2021
Herr Götz Herrmann	20.06.2021	21.06.2021
Frau Irene Kersten	18.06.2021	20.06.2021
Herr Tilo Weingardt	21.06.2021	21.06.2021

Des Weiteren fragt Herr Hoeck die per Video zugeschalteten Stadtverordneten nacheinander, ob die Video- und Audioübertragung funktioniert:

	Video	Audio
Herr Oskar Dietterle	X	X
Herr Götz Herrmann	X	X
Frau Irene Kersten	X	X
Herr Tilo Weingardt	X	X

Herr Herrmann teilt mit, dass seine Internetverbindung im Ausland nicht ausreicht, um an der heutigen Sitzung per Videozuschaltung teilzunehmen. Aus diesem Grund bittet er seine Teilnahme zu entschuldigen und wünscht allen Beteiligten einen schönen Abend.

Herr Hoeck weist alle Anwesenden darauf hin, dass der öffentliche Teil der heutigen StVV per Livestream ins Internet übertragen, aufgezeichnet und im Nachgang unter dem Link www.eberswalde.de/stvv-live als Video auf der Internetseite der Stadt Eberswalde eingestellt wird.

Herr Hoeck bittet die per Video zugeschalteten Stadtverordneten, wenn Sie nicht gefilmt werden wollen, ihre Kamera auszuschalten – außer bei dem Tagesordnungspunkt 2 „Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit“ sowie bei den Abstimmungen zu den Tagesordnungspunkten 13.1 bis 13.9.

TOP 2:

Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr Hoeck stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist.

Einwendungen hiergegen werden nicht vorgetragen.

Herr Hoeck stellt fest, dass 28 Stadtverordnete und der Bürgermeister anwesend bzw. zugeschaltet sind (**Anlage 1**).

TOP 3:

Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 20. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde vom 25.05.2021

Herr Zinn bezieht sich auf Seite 10 der öffentlichen Niederschrift und merkt an, dass er auf seine unter TOP 10.4, im dritten Satz des ersten Anstriches gestellte Frage bislang noch keine Antwort erhalten hat. Er weist darauf hin, dass das Procedere zur Beantwortung von Anfragen klar in der Geschäftsordnung der StVV geregelt ist. Diesbezüglich bittet er, dass dies nun nachgeholt wird.

Herr Hoeck weist darauf hin, dass es sich hierbei um keine Anmerkung zur Niederschrift handelt, sondern um eine Anfrage, die unter dem TOP 9 „Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen und Stadtverordneten sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vorsitzenden der Beiräte gemäß Hauptsatzung und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung“ hätte gestellt werden werden müssen, so dass eine etwaige Beantwortung auch unter diesem TOP zu geben wäre.

Es liegen keine Einwendungen vor.

TOP 4:

Feststellung der Tagesordnung

Herr Hoeck informiert, dass die von der Fraktion SPD | BFE eingereichte Anfrage AF/0073/2021 „Livestreaming der Stadtverordnetenversammlung“ sowie deren Beantwortung an alle Stadtverordneten übersandt wurde und somit Bestandteil der Tagesordnung ist.

Des Weiteren teilt Herr Hoeck mit, dass die von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eingereichten Anfragen AF/0074/2021 „Vertiefende Informationen als Entscheidungsgrundlage für eine Nutzung der Hospitalkapelle ‚St. Georg‘“ (**Anlage 2**) und AF/0075/2021 „Corona-Tests in Schulen und Freizeiteinrichtungen“ (**Anlage 3**) vor der Sitzung an alle Stadtverordneten verteilt wurden und somit Bestandteil der Tagesordnung sind.

Weiterhin informiert Herr Hoeck, dass am 16.06.2021 im Landtag des Landes Brandenburg das „Gesetz zur Änderung der Kommunalverfassung und weiterer Vorschriften“ beschlossen wurde, mit dem die Kommunalverfassung des Landes Brandenburg mit Wirkung zum 01.07.2021 geändert wird. Er weist darauf hin, dass nunmehr unter anderem auch Hybridsitzungen in der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg geregelt sind.

Bezogen darauf teilte die Verwaltung gegenüber dem Vorsitzenden der StVV mit, dass sie die Beschlussvorlage BV/0470/2021 „Fortsetzung der Möglichkeit von Hybrid-, Video- und Audiositzungen der StVV und ihrer Ausschüsse“ als Einreicher zurückzieht.

Somit reduziert sich die Tagesordnung um den Tagesordnungspunkt 13.2. Die Nummerierung der übrigen Tagesordnungspunkte wird beibehalten.

Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung: einstimmig zugestimmt

TOP 5:

Informationen des Vorsitzenden

- 5.1 Herr Hoeck teilt mit, dass im Anschluss der heutigen Sitzung aufgrund der bevorstehenden Sommerpause ein Empfang stattfinden wird und lädt alle Stadtverordneten ein, sich diesem Zusammensein anzuschließen.
- 5.2 Weiterhin informiert Herr Hoeck, dass das Sachgebiet Sitzungsdienst mit längeren Krankheitsausfällen zu kämpfen hatte und teilt mit, dass er froh darüber ist, dass die Mitarbeiterinnen bald wieder komplett einsatzfähig sind. In diesem Zuge nutzt er die Gelegenheit, Herrn Prescher für seine Einsatzbereitschaft und seinen Arbeitsaufwand zu danken. Darüber hinaus spricht er seinen Dank gegenüber Frau Rasch, kommissarische Amtsleiterin der Kämmerei, und Frau Leuschner, Amtsleiterin des Stadtentwicklungsamtes, aus, weil sie es möglich gemacht haben, dass das Sachgebiet Sitzungsdienst in dieser schwierigen Zeit personell unterstützt werden konnte.

TOP 6:

Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

TOP 7:

Informationen aus der Stadtverwaltung

7.1 Herr Boginski:

- teilt mit, dass am heutigen Tage (22.06.2021) eine Videokonferenz mit dem Landrat des Landkreises Barnim und allen Hauptverwaltungsbeamten im Landkreis Barnim stattgefunden hat; weiterhin informiert er, dass aufgrund der niedrigen Tagesinzidenz im Landkreis Barnim ab sofort kein täglicher Informationsaustausch zwischen den Städten und Gemeinden mit dem Landrat erfolgen wird; des Weiteren hat der Landrat darüber informiert, dass der Landkreis Barnim ab dem 01.07.2021 das Impfzentrum Eberswalde in Eigenverantwortung übernehmen wird und die Testzentren in der Stadt Eberswalde und Bernau bei Berlin weiterhin geöffnet bleiben; er informiert, dass bei der heutigen Einweihung des Erna-Bürger-Weges spürbar war, dass wir uns langsam dem Normalzustand annähern, was bedeutet, dass immer mehr Veranstaltungen in Präsenz durchgeführt werden können; nichtsdestotrotz lässt die Verwaltung, wie z. B. bei der Familienwoche und dem Freiwilligen-Tag, noch immer Vorsicht walten; in diesem Zuge dankt Herr Boginski allen Organisatoren – sowohl im Rathaus, als auch außerhalb – und führt aus, dass er diese Veranstaltungen als sehr gelungen empfunden hat
- teilt mit, dass das größte Highlight in diesem Halbjahr ganz ohne Zweifel die Eröffnung des Kulturland-Brandenburg-Themenjahres 2021 am 04.06.2021 in der Borsighalle war; er macht deutlich, dass es selten passiert, dass eine Stadt hierfür ausgewählt wird und dass die Stadt Eberswalde das erste Mal seit 20 Jahren hierfür ausgewählt wurde
- informiert, dass die Einwohnerversammlung am 15.06.2021 digital stattgefunden hat und es mittlerweile 800 Aufrufe gibt

- teilt mit, dass am gestrigen Tage (21.06.2021) in der Stadthalle der Stadt Eberswalde die erste Großveranstaltung seit der Pandemie stattgefunden hat, nämlich die Mitgliederversammlung des Städteforums Brandenburg, an der auch der Staatssekretär des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung, Herr Rainer Genilke, teilnahm; im Rahmen dessen hat Herr Genilke das Grußwort gehalten und sich den gestellten Fragen, z. B. zur Städtebauförderung oder der Entwicklung von Innenstädten gestellt; auch hat Herr Dr. Werdermann, Amtsleiter für Stadtmarketing und Tourismus, einen Impulsvortrag gehalten, der von den Anwesenden wohlwollend aufgenommen wurde
- informiert anhand einer PowerPoint-Präsentation über den Beitrag der Stadt Eberswalde zum bundesweiten Fotowettbewerb der Servicestelle „Lokale Bündnisse für Familie“ mit dem Motto „Zusammenhalt. Vor Ort und für Familien“ (**Anlage 4**); er ruft alle Interessierten auf, sich an dem Finalen Online-Voting zu beteiligen und für die Stadt Eberswalde zu stimmen, weil dies ein Gewinn für die Stadt Eberswalde und auch eine Anerkennung der geleisteten Arbeit gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wäre

7. 2 Frau Fellner:

- teilt mit, dass im Vorfeld der heutigen Sitzung die Eröffnung des Erna-Bürger-Weges stattgefunden hat, mit dem ein wesentlicher Baustein für die Fahrrad- und Fußgänger-Infrastruktur in der Stadt Eberswalde übergeben werden konnte; hiermit konnte ein weiterer Beitrag zur Verbesserung der Naherholung und der touristischen Angebote in der Stadt Eberswalde und der Region geschaffen werden; daran anknüpfend hat die Verwaltung einen Fördermittelantrag für den Ausbau der Straße am Schellengrund gestellt, um diese als Fahrradstraße ausbauen zu können; des Weiteren hat die Verwaltung einen Fördermittelantrag hinsichtlich des Ersatzneubaus der Straßenbrücke in der Erich-Steinfurth-Straße gestellt, um zukünftig sicherstellen zu können, dass die Straße wieder mit Lastkraftwagen über 7,5 Tonnen befahren werden darf und kann sowie den Ausbau der Erich-Steinfurth-Straße voranzutreiben

7.3 Herr Prof. Dr. König:

- bezieht sich auf die im Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport (ABJS) am 10.06.2021 gegebene Information, dass aufgrund der Corona-Pandemie und dem damit verbundenen Distanzunterricht, die Möglichkeit aufgekommen ist, dass Träger von Schulen mobile Endgeräte beschaffen können; aus diesem Grund hat die Stadtverwaltung eine Ausschreibung durchgeführt, bei der signalisiert wurde, dass die Geräte im März 2021 lieferbar sind; er führt aus, dass sich der Liefertermin aufgrund der hohen Nachfrage verzögerte und nun 240 mobile Endgeräte geliefert worden sind; somit werden mit Beginn des neuen Schuljahres 2021/2022 30 Endgeräte an der Grundschule Finow, 22 Endgeräte an der Bruno-H.-Bürgel-Grundschule und 184 Endgeräte an der Grundschule Schwärzensee verteilt werden können; er weist darauf hin, dass sich dieses Angebot insbesondere an sozial benachteiligte Familien richtet; weiterhin informiert Herr Prof. Dr. König, dass die Verwaltung einen weiteren Antrag auf mobile Endgeräte – jeweils 50 Laptops für jede Grundschule – gestellt hat und dass derzeit das Ausschreibungsverfahren läuft; er hofft, dass die hierfür erforderliche Vergabe nach Abschluss des Ausschreibungsverfahrens in Form einer Beschlussvorlage zeitnah den Stadtverordneten zur Beschlussfassung vorgelegt werden kann

7.4 Herr Berendt:

- informiert, dass es in der letzten Woche zu einigen Beschwerden bezüglich der Erreichbarkeit im Bürgeramt der Stadt Eberswalde gekommen ist; darauf bezogen teilt er mit, dass die Gründe für diese Nichterreichbarkeit zum einen krankheitsbedingt sind und zum anderen eine starke Zunahme der Bürgeranliegen in der Einwohnerschaft der Stadt Eberswalde zu verzeichnen ist; er macht deutlich, dass er den Ärger der Bürgerinnen und Bürger verstehen kann und führt aus, dass es oftmals der Fall war, dass Bürgerinnen und Bürger durch die Verwaltung selbst informiert wurden, dass bestimmte Unterlagen oder Dokumente zur Abholung bereit liegen und sie nun einen Termin zur Abholung veranlassen müssten; wenn die Verwaltung dann nicht erreichbar ist, führt dies zur Verärgerung der Bürgerinnen und Bürger, was seines Erachtens verständlich ist; dieser Ärger steigt natürlich an, wenn sie beim Anruf eine Bandansage bekommen, die aussagt, dass sie außerhalb der Öffnungszeiten anrufen, obwohl es gerade 10:30 Uhr vormittags ist; Herr Berendt informiert, dass den Beschwerden zeitnah nachgegangen und die Bandansage entsprechend angepasst wurde; ferner bittet er die Einwohnerinnen und Einwohner – sofern diese die Verwaltung telefonisch nicht erreichen –, eine E-Mail mit ihrem Anliegen unter Angabe einer Rückrufnummer an das Bürgeramt zu übersenden, sodass die dort tätigen Kolleginnen und Kollegen ihre Anliegen zeitnah bearbeiten und ggf. telefonisch einen Termin vereinbaren können; des Weiteren informiert Herr Berendt, dass aufgrund der anhaltenden Corona-Pandemie auch im Bürgeramt das Schichtsystem eingeführt wurde, um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor einer Ansteckung zu schützen, dies bedeutete, dass das Team geteilt wurde und in Früh- und Spätschicht arbeitete, was im Fazit bedeutete, dass die Summe der Dienstleistungszeit weniger war; er informiert, dass diese Dienstleistungszeit ab dem 05.07.2021 wieder auf die ursprünglichen Öffnungszeiten erweitert wird; dieser Vorlauf wird benötigt, um den Terminvorlauf abarbeiten zu können
- teilt mit, dass für die Bundestagswahlen am 26.09.2021 noch immer Wahlhelferinnen und Wahlhelfer benötigt werden und wirbt in diesem Zuge für die Teilnahme
- teilt mit, dass die Einreichung von Vorschlägen für das 10. Bürgerbudget der Stadt Eberswalde noch bis zum 30.06.2021 möglich ist und bittet die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Eberswalde, noch weitere Vorschläge einzureichen

TOP 8:

Informationsvorlagen

Es liegen keine Informationsvorlagen vor.

TOP 9:

Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen und Stadtverordneten sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vorsitzenden der Beiräte gemäß Hauptsatzung und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung

TOP 9.1:

Anfrage: AF/0073/2021 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: Fraktion SPD | BFE

Livestreaming der Stadtverordnetenversammlung

Herr Hoeck teilt mit, dass die schriftliche Beantwortung an alle Stadtverordneten übersandt wurde und schlägt vor, etwaige Nachfragen hierzu im Rahmen der heute auf der Tagesordnung stehenden Beschlussvorlage BV/0469/2021 „Fortsetzung des Livestreams der Stadtverordnetenversammlung“ zu stellen.

Einwendungen hiergegen werden nicht vorgetragen.

TOP 9.2:

Anfrage: AF/0074/2021 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Vertiefende Informationen als Entscheidungsgrundlage für eine Nutzung der Hospitalkapelle "St. Georg"

Herr Prof. Dr. König nimmt die Beantwortung der Fragen 1 bis 4 wie folgt vor:

zur Frage 1:

In Umsetzung des in der StVV am 25.10.2018 gefassten Beschlusses-Nr.: 42/361/18 „Bauliche Sicherung der Gebäudesubstanz und Nutzungspotentialanalyse für die Georgskapelle“ wurde die Nutzungspotentialanalyse für die Georgskapelle im Ausschuss für Kultur, Soziales und Integration (AKSI) am 14.04.2021 vorgestellt. Insgesamt konnten vier Möglichkeiten vorgestellt werden. Im Rahmen dessen haben die Autoren Herr Schumann und Herr Seyfert deutlich gemacht, dass noch einige Punkte zu klären sind, wie z. B. dass die derzeitigen Baumaßnahmen erst einmal fertiggestellt und die Politik dann die inhaltlichen Aufgaben klären muss, weil sich bestimmte Nutzungsarten gegenseitig ausschließen. Darüber hinaus müssen dann weitere Experten bezüglich der Kosten, Erträge, Machbarkeit usw. angehört werden. Die Autoren haben dies in der Präsentation beschrieben mit der Aussage „Klärung der Aufgabenstellung, Abwägung und Einbringung in den städtischen Haushalt“. Herr Prof. Dr. König macht deutlich, dass im städtischen Haushalt nicht nur finanzielle Aspekte berücksichtigt, sondern auch inhaltliche Schwerpunkte definiert werden. Das bedeutet, dass wenn die Verwaltung hier aktiv wird, alle drei Dezernate und hier insbesondere die Ämter Kämmerei, Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft und das Kulturamt gebraucht werden. Weil diese Ämter aktuell viele andere wichtige Baumaßnahmen zu bearbeiten haben, hat die Verwaltung vorerst keine Überlegungen angestellt, wie mit den Nutzungsarten weiter umgegangen werden soll.

zur Frage 2:

Grundsätzlich sollten bei einer solchen Maßnahme die Politik, die Öffentlichkeit, Experten und der Kulturbeirat der Stadt Eberswalde mit eingebunden werden.

zur Frage 3:

Wie bereits in Beantwortung der Frage 1 dargelegt, hat die Verwaltung derzeit andere Prioritäten und aus diesem Grund kann eine zeitliche Staffelung zum jetzigen Zeitpunkt nicht beziffert werden. Sobald man sich dieser Maßnahme annehmen sollte, wären zunächst die Aufgabenstellung zu klären, die Kosten zu ermitteln und ein Konzept zu entwickeln. Darüber hinaus sollte erst mit der Politik, dann mit der Öffentlichkeit und natürlich mit Fachleuten diskutiert werden, um genau abschätzen zu können, was passieren wird bzw. passieren könnte. Erst wenn dies alles stattgefunden hat, könnte eine Beschlussfassung erfolgen.

zu Frage 4:

Grundsätzlich besteht die Möglichkeit, ein Interessenbekundungsverfahren oder einen Wettbewerb zur zukünftigen Nutzung durchzuführen. Hierbei muss zunächst grundlegend berücksichtigt werden, was inhaltlich dahintersteht. So könnte ein Interessenbekundungsverfahren – wie bereits in der Nutzungspotentialanalyse dargelegt – zum Beispiel eine Betreuung beinhalten. In diesem Fall wären im Vorfeld einige baufachliche Dinge zu tun, die die Verwaltung derzeit nicht leisten kann. Würde man sich dazu verständigen, einen Wettbewerb zu initiieren, wären auch hier im Vorfeld die inhaltlichen Aspekte, die mit dem Wettbewerb verfolgt werden sollen, zu klären.

Frau Fellner nimmt die Beantwortung der Fragen 5 bis 6 wie folgt vor:

zur Frage 5:

Bei dem Grundstück (Kapelle einschließlich der umgebenen Grünfläche) handelt es sich um eine städtische Liegenschaft.

zu den Fragen 6 - 8:

In diesem Zusammenhang weist Frau Fellner darauf hin, dass man sich seinerzeit gemeinsam dazu verständigt hat, die Schwerpunktsetzung hinsichtlich der Aufgabenerledigung auf die Schul-, Bildungs- und soziale Infrastruktur zu legen, die es gilt, in den kommenden Jahren abzarbeiten. Des Weiteren weist sie darauf hin, dass aufgrund personeller Engpässe (im Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft sind derzeit vier von sechs Stellen besetzt und ein längerfristiger Personalausfall infolge Erkrankung) und der Vielzahl an zu bearbeitenden Baumaßnahmen die Verwaltung derzeit keine Kapazitäten hat, um sich mit der Hospitalkapelle „St. Georg“ weiter beschäftigen zu können. Aus bautechnischer Sicht ist dies auch so richtig, weil die Georgskapelle durch die erfolgte Sanierung geschützt ist und in einem nächsten Schritt die Mauerwerksaustrocknung erfolgen muss. Diese Phase muss genutzt werden, um andere Projekte entsprechend der oben genannten Schwerpunktsetzung in der Stadt Eberswalde voranzutreiben.

TOP 9.3:

Anfrage: AF/0075/2021 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Corona-Tests in Schulen und Freizeiteinrichtungen

Herr Prof. Dr. König nimmt die Beantwortung wie folgt vor:

zu Frage 1:

Grundlage ist die seit dem 15. Juni 2021 in Kraft getretene Verordnung über den Umgang mit dem SARS-CoV-2-Virus und COVID-19 in Brandenburg (SARS-CoV-2-Umgangsverordnung – SARS-CoV-2-UmgV), die mit Ablauf des 13. Juli 2021 außer Kraft treten soll. Basierend darauf und der Tatsache, dass das Gesundheitsamt des Landkreises Barnim in der Märkischen Oderzeitung vom 17.06.2021 öffentlich bekannt gegeben hat, dass die Inzidenz im Landkreis Barnim unter 20 liegt und das gilt nunmehr an fünf aufeinanderfolgenden Tagen besteht aktuell für Sportvereine und Freizeiteinrichtungen keine Testnachweispflicht.

zu den Fragen 2 und 3:

Ja, es gab verschiedene Regelungen, dass der Zugang für Kinder und Jugendliche bei Sportvereinen und Freizeiteinrichtungen nur mit Vorlage eines negativen Corona-Test gewährt wurde. So konnte man sich mit einem gekauften SARS-CoV-2-Antigen-Schnelltest vor Ort testen lassen oder eine Bestätigung seitens der Eltern, dass der zu Hause vorgenommene SARS-CoV-2-Antigen-Schnelltest negativ ausgefallen war, vorlegen.

zur Frage 4:

Im Moment wird hier keine Notwendigkeit gesehen aufgrund des derzeit niedrigen Inzidenzwertes, wie in Beantwortung der Frage 1 ausgeführt.

9.4 Frau Dr. Canditt, Vorsitzende des Seniorenbeirates:

- gibt ihren Wortbeitrag schriftlich als Anlage zur Niederschrift (**Anlage 5**)

9.5 Herr Wolfgramm:

- bezieht sich auf eine Information von Bürgerinnen und Bürgern, dass der vom Landkreis Barnim beauftragte Dienstleister, der für die Entsorgung von Papier und Pappe zuständig ist, keine gebündelte Pappe mehr einsammelt und fragt nach dem Grund dieses Handelns

Herr Boginski teilt mit, dass hierfür der Landkreis Barnim zuständig ist. Ihm ist jedoch bekannt, dass der Landkreis Barnim in Pandemiezeiten festgestellt hat, dass die Online-Verkäufe extrem zugenommen haben und dass die Entsorgung mit dem derzeitigen Personal, der vorhandenen Technik und der hierfür notwendige Aufwand in keinem Verhältnis stehen. Aus den genannten Gründen bittet der Landkreis Barnim die Einwohnerinnen und Einwohner des Landkreises Barnim, sich auf die zulässige Tonnengröße (blaue Tonne) zu beschränken. Überschreitungen der zulässigen Tonnengröße sind eigenverantwortlich durch die Verursacher bei der Deponie in Ostend zu entsorgen.

9.6 Herr Zinn:

- fragt, wer in den Jahren 1991 - 1998 für die Stadt Eberswalde offizieller Vertreter/in im Vorstand der Verbandsversammlung des Zweckverbandes für Wasserver- und Abwasserentsorgung Eberswalde

(ZWAE) war und wer davon Zeichnungs- oder Mitzeichnungsvollmacht unter anderem für den Anstellungsvertrag des damaligen Vorstandsvorstehers hatte

Herr Boginski teilt mit, dass die Beantwortung schriftlich erfolgen wird.

- fragt, warum seitens der Verwaltungsspitze – insbesondere der Baudezernentin – beim Einheimischenmodell immer wieder gemauert und mit seiner Ansicht nach fadenscheinigen Begründungen dieser Prozess verzögert wird; in diesem Zusammenhang reflektiert er die persönlich erlebten Debatten sowohl im öffentlichen als auch im nicht öffentlichen Teil des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt (ASWU) und im Hauptausschuss (HA), aus denen er entnommen hat, dass die Verwaltung beabsichtigt, die Kanzlei DOMBERT Rechtsanwälte zu beauftragen und ist der Meinung, dass dies unnötig ist, weil bereits viele andere Kommunen im Land Brandenburg, aber auch über die Brandenburger Landesgrenzen hinaus dieses Modell zur Anwendung bringen; Herr Zinn würde es befürworten, wenn die Stadt Eberswalde diesen Prozess schneller voranbringen würde; auch könnte er sich vorstellen, wenn die hier in Rede stehenden beiden Fraktionen einen entsprechenden Antrag in die politischen Gremien im September 2021 einbringen würden, so dass eine eingehende Erörterung der Thematik in den Fachausschüssen erfolgen kann

Herr Boginski weist darauf hin, dass die Verwaltungsspitze bei dem Einheimischenmodell nicht mauert, sondern schon seit längerer Zeit sehr intensiv diese Thematik erörtert. Fakt ist, dass diese Thematik sehr komplex ist und dass alle Aspekte beleuchtet werden müssen, so dass diese am Ende rechtlich fundiert ist.

Frau Fellner führt aus, dass sie die von Herrn Zinn gemachte Aussage des Mauerns nicht nachvollziehen kann, weil seinerzeit eine Vereinbarung getroffen wurde, die unter anderem beinhaltet, dass die Stadt Eberswalde nach Fertigstellung des Christel-Brauns-Weges die nächsten Grundstücke verkauft und dass bis dahin die Diskussion auf einer qualifizierten Grundlage geführt wird und dass dann die Stadtverordneten die Entscheidung treffen, ob das Einheimischenmodell gewollt ist oder nicht. Klar war auch, dass mit dem Verkauf der Grundstücke am Christel-Brauns-Weg in ca. 2 Jahren zu rechnen ist und dass die Verwaltung den Stadtverordneten innerhalb dieses Zeitrahmens ein qualifiziertes Angebot unterbreiten wird, welches dann eingehend diskutiert werden kann. Aus diesem Grund weist sie den Vorwurf von Herrn Zinn entschieden zurück.

In diesem Zusammenhang teilt Frau Fellner mit, dass die Grundstücke am Bärbel-Wachholz-Weg im Durchschnitt für 130,00 Euro pro Quadratmeter verkauft wurden, was bedeutet, dass dies mehr ist als das von der Stadt Eberswalde geforderte Mindestangebot, aber kein Dammbbruch in der Art darstellt, dass gesagt wird, dass die Stadt Eberswalde die Grundstückspreise in der Region extrem erhöht. Sie weist darauf hin, dass in den umliegenden Kommunen – auch in den Dörfern – weitaus höhere Grundstückspreise veranschlagt werden. Ihres Erachtens ist es unsere gemeinsame Aufgabe, für die Zukunft einen Ausgleich zu finden, was im Rahmen der dann vorzunehmenden Diskussion eingehend erörtert werden kann und sollte. Wie bereits im HA am 17.06.2021 dargelegt, wird die Verwaltung auf der Grundlage der im HA erfolgten Beschlussfassung die 16 städtischen Grundstücke verkaufen (8 Grundstücke an Eberswalder Familien, 2 Grundstücke an Familien aus der Gemeinde Schorfheide, jeweils 1 Grundstück an Familien aus der Stadt Bernau bei Berlin, der Stadt Schwedt/Oder und der Stadt Wriezen, 3 Grundstücke an Familien aus Berlin).

Des Weiteren sind noch weitere 16 Grundstücke in privater Hand, die zum Verkauf anstehen werden.

- bezieht sich auf die Pressemitteilung „Baubeginn Geh- und Radwegsanierung 2021“ auf der Homepage der Stadt Eberswalde sowie der dort enthaltenen Aussage, dass in Vorbereitung derer im Jahr 2020 ein Runder Tisch Geh- und Radwegsanierung stattgefunden hat und teilt mit, dass dieser seines Wissens nach weder in Präsenz noch in Hybrid getagt hat; aus diesem Grund drückt er sein Unverständnis darüber aus, dass dies so kommuniziert wird; des Weiteren unterbreitet er den Vorschlag, dass man im Rahmen dieser Pressemitteilung einen Link hätte integrieren können auch in Reflexion der digitalen Einwohnerversammlungen, so dass die Bevölkerung die Möglichkeit hätte, sich mit den vorgesehenen Maßnahmen für die Jahre 2022/2023 vertraut zu machen

Frau Fellner teilt hierzu mit, dass die Formulierung in der Pressemitteilung etwas missverständlich war und dass auch im letzten Jahr aufgrund der pandemischen Lage die zur Disposition stehenden Maßnahmen des Runden Tisches Geh- und Radwegsanierung den Mitgliedern des Runden Tisches per Post oder E-Mail übersandt wurden, so dass diese im Rahmen dessen in die Entscheidung der festzulegenden Priorisierung mit einbezogen wurden bevor die Verwaltung die Umsetzung der Maßnahmen in Angriff genommen hat.

- fragt, ob die bekannten Jugendsozialarbeiter – sowie städtisch als auch vom bekannten Träger – in den Sommermonaten zu externen Mitarbeitern des städtischen Ordnungsamtes werden und bis 22:00 Uhr Dienst machen müssen; hier sollte besonderes Augenmerk auf die zu leistenden Dienststunden und auf den Einsatz der Jugendsozialarbeiter entsprechend ihrem Leistungsvertrag gelegt werden, weil es seines Wissens nach aktuell eine negative Stimmungslage gibt, um nicht nach einer gewissen Zeit Personalprobleme aufweisen zu müssen; auch ist ihm bekannt geworden, dass der aktuelle Schwerpunkt nicht mehr in Finow, sondern auf dem Lutherplatz in Ostend ist

Herr Prof. Dr. König macht deutlich, dass es sich hierbei um ein völlig normales Vorgehen handelt, wenn ein fachlicher Austausch zwischen Sozialarbeitern und Mitarbeitern des städtischen Ordnungsamtes erfolgt, weil beides Berufsgruppen sind, die nach vorheriger gemeinsamer Routenbestimmung in der Stadt unterwegs sind und so an unterschiedlichen Orten zu unterschiedlichen Zeiten diverse Missstände aufdecken. Er weist darauf hin, dass dies bis 22:00 Uhr abends erfolgt, weil nach 22:00 Uhr die Polizei zuständig ist. Des Weiteren merkt Herr Prof. Dr. König an, dass es richtig ist, dass es zu Schwerpunktverlagerungen kommt und dass genau aus diesem Grund eine zusätzliche Sozialarbeiterstelle geschaffen wurde. Er teilt mit, dass es bezogen auf existierende Missstände auch Rückkopplungen von Mitarbeitern des Bauhofes und von Anwohnern gibt.

- bezieht sich auf das in der Märkischen Oderzeitung veröffentlichte Interview von Herrn Boginski mit dem Titel „Der Eberswalder Bürgermeister steckt sich hohe Ziele und ist motiviert“ und ist der Ansicht, dass dieses sehr bescheiden ist; er schlägt als Generalüberschrift für den finalen Wahlkampf „Wenn ich Kanzler von Deutschland wär“ vor und dann könnten all die Dinge bewerkstelligt werden, die von Herrn Boginski dort angesprochen wurden – einschließlich das, was bisher inhaltlich nachvollziehbar war; vielleicht wird Herr Boginski ja auch der designierte Bundesminister für Bildung und Kultur

9.7 Herr Ortel:

- bittet um eine Information seitens der Verwaltung hinsichtlich der geplanten Durchführung des Tages der Entscheidung zum Bürgerbudget

Herr Berendt teilt mit, dass seitens der Verwaltung geplant ist, den Tag der Entscheidung am 11.09.2021 im Familiengarten mit Organisation eines Programms im Außenbereich und der Vornahme der Abstimmung in der Stadthalle „Hufeisenfabrik“ unter Einhaltung der dann geltenden Abstands- und Hygieneregeln vorzunehmen. Alle Bürgerinnen und Bürger sind hierzu herzlich eingeladen. Er weist darauf hin, dass auch im Vorfeld des 11.09.2021 die Möglichkeit bestehen wird, eine Online-Abstimmung vornehmen zu können, weil hiermit gute Erfahrungen im vergangenen Jahr gesammelt werden konnten.

- bittet auf Anregung der Jugendsozialarbeiter, dass das Dach des Jugendtreffpunktes in Finow repariert wird

Herr Prof. Dr. König teilt mit, dass aufgrund der bereits im AKSI erfolgten Information, die Beauftragung der Dachreparatur erfolgt ist und in den nächsten Tagen erledigt sein wird.

9.8 Herr Dietterle:

- bittet um eine Information zu nachstehenden Fragen:

- Wie viele Springbrunnen, Wasserspielplätze etc. gibt es in der Stadt Eberswalde?
- Wo befinden sich diese Springbrunnen usw.?
- Woher kommt das Wasser dafür?
- Wie viel Wasser wird dafür jeweils benötigt?
- Wohin gelangt das verbrauchte Wasser?
- Wie teuer ist der Betrieb dieser Brunnen?

Frau Fellner teilt mit, dass sie die Fragen an den Bauhof weiterleiten, erörtern und schriftlich beantworten wird, sofern Herr Dietterle damit einverstanden ist, dass es aufgrund der bevorstehenden Urlaubszeit sein könnte, dass die schriftliche Beantwortung erst zu einem späteren Zeitpunkt als innerhalb der in der Geschäftsordnung geregelten 4-Wochen-Frist gegeben werden kann.

Herr Dietterle bedankt sich bei Frau Fellner für die Bereitschaft und erklärt sich damit einverstanden, wenn die schriftliche Beantwortung nicht innerhalb der 4-Wochen-Frist vorliegen sollte.

9.9 Herr Banaskiewicz:

- bezogen auf den Livestream der StVV und den Pressemitteilungen in der Märkischen Oderzeitung könnte seines Erachtens in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen, dass es nur noch wenige Gruppen im Stadtparlament – wie Herrn Zinn und die Fraktion SPD | BFE – gibt, die eine intensive Arbeit leisten; aus diesem Grund macht er deutlich, dass sich auch alle anderen Fraktionen an der politischen Gremienarbeit beteiligen; so hat aktuell die Fraktion FDP | Bürgerfraktion Barnim einen Brief von Bürgern zur Thematik „Einheimischenmodell“ erhalten, die dieses Ansinnen befürworten; er teilt mit, dass sich die Fraktion FDP | Bürgerfraktion Barnim wie viele andere Stadtverordnete auch im Hintergrund um diese Thematik gekümmert haben, mit dem Ziel, ein ordentliches Ergebnis zu erreichen und nicht nur nach außen wirksam zu werden oder dass im Nachgang festzustellen wäre,

dass noch diverse Sachlagen zu klären wären; er merkt an, dass die Fraktion FDP | Bürgerfraktion Barnim – wie versprochen – nunmehr gemeinsam mit der Fraktion SPD | BFE im September 2021 eine entsprechende Beschlussvorlage in die politischen Gremien einbringen wird; weitere Fraktionen können sich dieser gerne als Miteinreicher anschließen

- teilt mit, dass seines Erachtens die Stadtverordneten im Laufe der Zeit gute Beschlüsse gefasst haben, wie zum Beispiel die Gehwegsanierung; im Rahmen dessen wurde eine Firma ins Spiel gebracht, die schon lange für die Stadtverwaltung Eberswalde arbeitet und im Hintergrund die Sanierung der Gehwege ohne lange Gehwegsperrungen vornimmt; er ist der Ansicht, dass die Stadtverordneten hier eine gute Entscheidung getroffen haben; er regt an, dass seitens des städtischen Bauamtes gegenüber der Firma kommuniziert wird, dass sie eine außerordentlich gute Arbeit für unsere Stadt und für unsere Bürgerinnen und Bürger leistet

9.10 Herr Dr. Mai:

- bezieht sich auf die von Herrn Zinn unter TOP 9.6, erster Anstrich gestellte Frage und macht hierzu nachstehende Ausführungen:

Zu diesem Zeitpunkt war der damalige und nunmehr verstorbene Dezernent für Finanzen und Wirtschaftsförderung – Herr Lindemann – der offizielle Vertreter im Vorstand des ZWAE. Die Stadt hatte zum damaligen Zeitpunkt 50 % der Stimmanteile, obwohl sie 90 % der Werte eingebracht hat. Alle Beschlüsse zu den Verbandsvorstehern mussten demnach von 50 % plus 1 % erbracht werden. Die Beschlüsse zur Bestellung des Verbandsvorstehers wurden in der StVV beschlossen.

Herr Zinn hinterfragt, ob dieser auch Zeichnungsbefugnis hatte und ob er es richtig verstanden hat, dass Beschlüsse, die in der Verbandsversammlung des ZWAE gefasst wurden, im Vorfeld durch die StVV beschlossen wurden.

Herr Hoeck weist an dieser Stelle darauf hin, dass die von Herrn Zinn gestellten Fragen von der Verwaltung – wie bereits unter TOP 9.6, erster Anstrich, von Herrn Boginski ausgeführt – schriftlich beantwortet werden.

- er verwehrt sich gegen die Aussage, dass der ASWU Dinge verzögert, was das Einheimischenmodell betrifft; an Herrn Zinn gerichtet teilt er mit, dass er die Thematik schon lange hätte einbringen können, wenn ihm diese so wichtig ist; das hat Herr Zinn nicht getan; erst als sich andere öffentlich und nicht öffentlich darum gekümmert haben, behauptet Herr Zinn, dass nichts gemacht worden wäre; diese Art und Weise des Umganges miteinander kann er nicht tolerieren

Herr Zinn führt hierzu aus, dass er in den Sitzungen des ASWU am 09.03.2021 und am 13.04.2021 im Rahmen der jeweiligen Einwohnerfragestunde darum gebeten hat, die Thematik „Einheimischenmodell“ zum Tagesordnungspunkt zu machen, was nicht erfolgt ist.

An Herrn Banaskiewicz als Mitglied im ASWU gerichtet, teilt Herr Zinn mit, dass er dies auch hätte einbringen können. Auch die Fraktion Bündnis Eberswalde hat diese Thematik schon seit verganginem Herbst auf dem Radarschirm und auch von dieser Fraktion hätte Herr Zinn sich gewünscht, dass sie die Thematik eingebracht hätte.

TOP 10:

Informationen aus bzw. zu den Ausschüssen

AWF am 07.06.2021:

Herr Dietterle, stellv. Vorsitzender, informiert über die behandelte Thematik und die behandelten Beschlussvorlagen.

ASWU am 08.06.2021:

Herr Dr. Mai, Vorsitzender, berichtet über die behandelten Beschlussvorlagen.

AKSI am 09.06.2021:

Herr Prof. Creutziger, Vorsitzender, informiert über die behandelten Thematiken und die behandelte Beschlussvorlage.

ABJS am 10.06.2021:

Frau Kersten, stellv. Vorsitzende, berichtet über die behandelten Thematiken und die behandelte Beschlussvorlage.

HA am 17.06.2021:

Frau Oehler, stellv. Vorsitzende, informiert über die behandelten Thematiken und die behandelten Beschlussvorlagen.

TOP 11:

Ab- und Berufung von sachkundigen Einwohner/innen

Es gibt keine Wortmeldungen.

TOP 12:

Genehmigung von Eilentscheidungen

Es liegen keine Eilentscheidungen vor.

TOP 13:

Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

TOP 13.1:

Vorlage: BV/0468/2021 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: 30 – Rechtsamt

Findungskommission für die Besetzung der Stelle einer/eines Ersten Beigeordneten (m/w/d)

Herr Hoeck informiert, dass die Fraktion CDU mit Schreiben vom 17.06.2021 schriftlich mitteilte, dass sie als Mitglied für die Findungskommission Herrn Uwe Grohs benennt. Dieses Schreiben wurde vor der Sitzung an alle Stadtverordneten verteilt (**Anlage 6**).

Herr Dr. Mai benennt im Namen der Fraktion SPD | BFE als Mitglied für die Findungskommission Herrn Dr. Hans Mai.

Frau Kersten benennt im Namen der Fraktion DIE LINKE. als Mitglied für die Findungskommission Herrn Sebastian Walter.

Herr Trieloff benennt im Namen der Fraktion FDP | Bürgerfraktion Barnim als Mitglied für die Findungskommission Herrn Götz Trieloff.

Frau Oehler benennt im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen als Mitglied für die Findungskommission Frau Karen Oehler.

Herr Zinn fragt, warum Einreicher der Beschlussvorlage das Rechtsamt und nicht das Personalamt ist. Des Weiteren teilt er mit, dass er mit dieser Beschlussvorlage die Bestätigung dafür hat, dass es sich hierbei um einen Akt der Scheindemokratie handele, auch unter dem Aspekt, dass nunmehr vier Personen als Mitglied für die Findungskommission seitens der vorschlagsberechtigten Fraktionen benannt wurden, die Mitglied im ASWU sind. Er hätte sich gewünscht, wenn hierbei auch die kleineren Fraktionen berücksichtigt worden wären, so dass sichergestellt ist, dass zumindest ein Vertreter der kleineren Fraktionen in der Findungskommission vertreten ist. Als Vorschlag hätte er hier die Fraktion Bündnis Eberswalde vorgeschlagen und deren Fraktionsvorsitzenden als Mitglied der Findungskommission, der nicht Mitglied im ASWU ist.

Herr Trieloff merkt hierzu an, dass die Auswahl der Mitglieder in der Findungskommission nach dem Hare-Niemeyer-Verfahren erfolgt und aus diesem Grund weist er den Vorwurf von Herrn Zinn, es handele sich um eine Scheindemokratie, entschieden zurück.

Frau Oehler stellt im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hierzu richtig, dass sich die Fraktionen SPD | BFE, Bündnis 90/Die Grünen und CDU zusammengefunden und lange überlegt haben, wie die vakante Zeit, sofern Herr Boginski nach der Bundestagswahl nicht mehr als Bürgermeister zur Verfügung stehen wird, wieder ausgefüllt werden könnte. Im Rahmen dessen wurden keine Überlegungen vorgenommen, welche Person auf irgendeinen Posten gehoben werden könnte, sondern welche Position und welche Aufgaben in der Stadt Eberswalde aus Sicht der oben genannten Fraktionen wichtig sind. Im Ergebnis dessen ist man auf das Baudezernat gekommen. Frau Oehler macht deutlich, dass diese Entscheidungsfindung nichts mit irgendwelchen Hintertür- oder Kaminzimmersgesprächen zu tun hat oder das alles schon im Vorhinein feststeht.

Bezogen auf die Ausführungen von Frau Oehler teilt Herr Zinn mit, dass die von ihr vorgetragene Argumentation der Bevölkerung nicht vermittelt werden kann, weil die ganzen Reaktionen, die er zur Ausschreibungs- und Stellenplanvorlage erhalten hat, deutlich machen, dass jeder weiß, was für Spielchen hier laufen.

Zu den Ausführungen von Herrn Trieloff merkt Herr Zinn an, dass wenn man es mit dieser Findungskommission noch ernst meinte, man Leute reingenommen hätte, die unabhängig sind und nicht von irgendwelchen Dingen gebunden sind. Hier sind Leute drin, die gleichzeitig in ihrem Hauptberuf Leistungen für die Stadt Eberswalde erbringen und aus diesem Grund könne dies der normalen Bevölkerung nicht vermittelt werden. Des Weiteren führt er aus, dass, wenn man sich intensiv mit der Thematik beschäftigt, es seiner Ansicht nach nicht nur um die Stelle eines/einer Ersten Beigeordneten geht,

weil der Übergang einer eventuellen Vakanz auch mit der allgemeinen Stellvertretung geregelt werden könnte. Aber nein, man nutzt die Chance, um der jetzigen Baudezernentin und designierten Ersten Beigeordneten gleichzeitig auch noch ihre privilegierte Altersabsicherung abzusichern, weil sie von 2002 bis 2008 Beigeordnete in der Stadt Fürstenwalde war und für die Altersversorgung werden acht Jahre benötigt und so werden gleich automatisch noch die verbleibenden zwei Restjahre absolviert.

Frau Kersten teilt bezogen auf die Ausführungen von Herrn Zinn zu den angesprochenen Beschlussvorlagen mit, dass diese durch die StVV beschlossen wurden und es nunmehr gilt, die gefassten Beschlüsse umzusetzen. Im Namen der Fraktion DIE LINKE. weist sie die Ansicht von Herrn Zinn entschieden zurück, dass es Absicht der Fraktion wäre, irgendjemanden aus der Fraktion hinzusetzen, weil Herr Walter ausschließlich in seiner Funktion als Fraktionsvorsitzender in der Findungskommission tätig werden wird.

Des Weiteren hat sie überlegt, wer von den anderen vier benannten Personen Gehalt von der Stadt Eberswalde bekommt und konnte keinen entdecken. Sie macht deutlich, dass wenn dies der Fall wäre, diese Person nicht gleichzeitig Stadtverordneter sein dürfte.

Herr Trieloff teilt gegenüber Herrn Zinn mit, dass er die von ihm vorgetragene persönlichen Unterstellungen gegenüber Frau Fellner ausdrücklich zurückweist.

Abstimmungsergebnis über die Beschlussvorlage insgesamt mit den von den vorschlagsberechtigten Fraktionen benannten Mitgliedern der Findungskommission: mehrheitlich zugestimmt

Beschlusstext:

Beschluss-Nr.: 21/208/21

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Einrichtung einer Findungskommission mit dem Ziel der frühzeitigen Information und Einbindung der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung in den Prozess der Vorbereitung eines Wahlvorschlages durch den Bürgermeister. Die Findungskommission wird nach dem Verfahren Hare-Niemeyer mit 5 Personen gemäß unten stehender Liste besetzt:

Fraktion	Vorname, Name
1. Fraktion SPD BFE	Herr Dr. Hans Mai
2. Fraktion DIE LINKE.	Herr Sebastian Walter
3. Fraktion CDU	Herr Uwe Grohs
4. Fraktion FDP Bürgerfraktion Barnim	Herr Götz Trieloff
5. Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Frau Karen Oehler

TOP 13.3:

Vorlage: BV/0469/2021 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: 01.1 – Bürgermeisterbereich

Fortsetzung des Livestreams der Stadtverordnetenversammlung

Im Ergebnis der Diskussion wird festgestellt, dass die Zuschauerzahlen, des Livestreams der bislang stattgefundenen Stadtverordnetenversammlungen als gering eingeschätzt werden, aber diese entwicklungsfähig sind, weil es sich hierbei zunächst um eine Erprobungsphase handelte. Den Bürgerinnen und Bürgern sollte auch eine gewisse Zeit gewährt werden, um sich mit diesem neuen Medium

vertraut zu machen. Der nunmehr vorliegenden Beschlussvorlage sollte zugestimmt werden, um die Erprobungsphase mindestens bis zum Jahresende zu verlängern und so die Möglichkeit zu schaffen, die Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern und somit die Live-Zuschauerzahlen zu erhöhen, wobei die Vornahme einer Kosten-/Nutzen-Analyse unabdingbar ist. Deutlich wurde auch, dass eine Erweiterung der Zurverfügungstellung der Livestream-Übertragungen auf beispielsweise YouTube den Regelungen der geltenden Datenschutzgrundverordnung zuwiderlaufen würde, weil hierfür die Zustimmung aller an den Sitzungen der StVV Anwesenden erforderlich wäre. Sofern man nach der Erprobungsphase die Weiterführung des Livestreams der StVV in Erwägung ziehen sollte, wird ange-regt, auch über die Länge der Speicherung der Aufzeichnungen nachzudenken.

Herr Zinn teilt mit, dass er sich gewünscht hätte, – ähnlich dem Kreistag des Landkreises Barnim – wenn die Livestreamaufzeichnungen bis zum Ende der Wahlperiode auf der Homepage der Stadt Eberswalde abrufbar wären. Des Weiteren spricht Herr Zinn sich für die Vornahme von Livestream-übertragungen der StVV aus und für den Einsatz der hierfür notwendigen finanziellen Mittel, merkt jedoch an, dass diese Möglichkeit zeitnaher gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern kommuniziert werden sollte und auch, dass die Sitzungen nunmehr an einem Dienstag stattfinden. Er wird der Be-schlussvorlage zustimmen.

Herr Dr. Mai stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Schließung der Rednerliste, weil seines Erach-tens alle Argumente zur Thematik ausgetauscht wurden und keine neuen Aspekte vorgetragen wer-den.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Abstimmungsergebnis zur Beschlussvorlage: mehrheitlich zugestimmt

Beschlusstext:

Beschluss-Nr.: 21/209/21

Die Erprobungsphase des Livestreams der Stadtverordnetenversammlung wird mindestens bis zum Dezember 2021 fortgesetzt und im Zuge der geplanten Überarbeitung der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung entschieden, ob es über diesen Zeitpunkt hinaus dauerhaft eingeführt werden soll.

TOP 13.4:

Vorlage: BV/0458/2021 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: 61 – Stadtentwicklungsamt

Grün- und Freiflächenkonzept für das Siedlungsgebiet der Stadt Eberswalde

Selbstbindungsbeschluss

Herr Zinn befürwortet das mit dieser Beschlussvorlage vorliegende Konzept und dass die Stadtverord-neten in die Erarbeitung der Beschlussvorlage einbezogen wurden. Unklar ist ihm, inwieweit die sach-kundigen Einwohnerinnen und Einwohner mit einbezogen waren, weil er das Gefühl hatte, dass diese im ASWU zum ersten Mal mit dieser Problematik konfrontiert wurden. Sofern dies der Fall sein sollte, wäre dies nicht gut, weil diese gerade ihre Sach- und Fachkunde in den Fachausschüssen mit ein-bringen sollen. Herr Zinn teilt mit, dass er immer wieder Kenntnis davon erlangt, dass den Bürgerinnen und Bürgern nicht klar ist, was die Stadtverordneten beschließen und aus diesem Grund bittet er – an die Verantwortlichen im Stadtentwicklungsamt gerichtet – zu überlegen, wie dieses Konzept barriere-frei und generationsübergreifend den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung gestellt werden kann.

Herr Dietterle regt – wie bereits im ASWU am 08.06.2021 vorgenommen – an, den Schutz der kleinen Wälder mit in das Grün- und Freiflächenkonzept aufzunehmen, damit zukünftig wertvoller Baumbestand erhalten bleibt (Negativbeispiel Bahndamm Kupferhammer).

Frau Oehler regt an, in einer weiteren Bearbeitungsstufe des Grün- und Freiflächenkonzeptes die Kleingartenanlagen im Fokus zu behalten, weil diese zur Grünstruktur der Stadt Eberswalde gehören und auch genutzt werden, um im Rahmen dessen die Bürgerinnen und Bürger auf die bereits barrierefrei bestehenden Wegebeziehungen und deren Lage hinzuweisen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlusstext:

Beschluss-Nr.: 21/210/21

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt das „Grün- und Freiflächenkonzept für das Siedlungsgebiet der Stadt Eberswalde“ (Bearbeitungsstand Mai 2021) als Selbstbindungsbeschluss.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Inhalte des „Grün- und Freiflächenkonzept für das Siedlungsgebiet der Stadt Eberswalde“ im Rahmen der weiteren Siedlungsentwicklung zu berücksichtigen und die in Anlage 3 benannten Maßnahmen und Handlungsempfehlungen in den nächsten Jahren umzusetzen.

TOP 13.5

Vorlage: BV/0464/2021 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: 02.23 – Referat für Wirtschaftsförderung

Eberswalder Wachstums- und Konjunkturpaket II

Herr Jede erklärt sich für befangen und nimmt weder an der Diskussion noch an der Abstimmung teil.

Herr Hoeck informiert, dass die vom Einreicher der Beschlussvorlage eingereichte Austauschseite an alle Stadtverordneten übersandt wurde.

Herr Zinn teilt mit, dass er an der Abstimmung nicht teilnehmen wird. Als Begründung führt er aus, dass er als Stadtverordneter gewählt wurde und dem Gemeinwohl der Stadt Eberswalde verpflichtet ist. In diesem Zusammenhang merkt er an, dass wir bei der Thematik „Schulsozialarbeit“ immer noch auf dem Stand vor ca. 5 Jahren sind und sagen, obwohl wir wissen, was mit den Kindern und Jugendlichen in den Schulen los ist, dass wir dafür kein Geld haben. Beispielhaft nennt er hierfür die Baby-schreiambulanz mit ca. 14.000,00 Euro. Hier hätte er sich gewünscht, wenn hier eine Gleichbehandlung aller Problematiken erfolgen würde und nicht erst das Ergebnis der Sitzung des Jugendhilfeausschusses des Landkreises Barnim im 18.08.2021 abgewartet wird.

Herr Prof. Dr. König teilt als Einreicher der Beschlussvorlage mit, dass im Ergebnis der geführten Diskussion im HA am 17.06.2021 unter TOP 11.3 die dort gegebene Anregung in der Verwaltung erörtert wurde und die Verwaltung im Ergebnis dessen den zweiten Absatz des Beschlussvorschlages wie folgt neu formuliert:

„Im November 2021 wird durch die Verwaltung eine Auswertung zu den laut Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung ausgezahlten Fördermitteln im Rahmen der Corona-Soforthilfen 2020/2021 im Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen vorgelegt. Schwerpunkt ist dabei auf die Evaluation der Wirksamkeit der Maßnahmen zu legen.“

Frau Kersten bezieht sich auf die Ausführungen von Herrn Zinn und ist der Ansicht, dass eine gut florierende Wirtschaft in der Stadt Eberswalde sehr wohl große Auswirkungen auf das was wir uns in der Zukunft im sozialen Bereich leisten können, haben wird. Insofern widerspricht sich eine Förderung im sozialen Bereich und im Wirtschaftsbereich nicht. Deshalb haben wir entsprechende Förderungen befürwortet, weil uns eine wirtschaftlich leere Stadt nichts nützt und aus diesem Grund wurde eine Evaluation – basierend auf der von Herrn Prof. Dr. König vorgenommenen Änderung im Beschlussvorschlag – angeregt, um zu schauen, was uns die ganzen Maßnahmen in den zwei Jahren gebracht haben. Sie weist darauf hin, dass eine Förderung der Wirtschaft, dort wo Bund, Land und Kreis nicht eintreten, von großer Wichtigkeit für die gesamte Wirkung auf die Wirtschaft in der Stadt Eberswalde ist.

Abstimmungsergebnis mit den vom Einreicher der Beschlussvorlage vorgenommenen Änderungen: mehrheitlich zugestimmt

Beschlusstext:

Beschluss-Nr.: 21/211/21

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Förderrichtlinie für das Eberswalder Wachstums- und Konjunkturpaket II.

Im November 2021 wird durch die Verwaltung eine Auswertung zu den laut Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung ausgezahlten Fördermitteln im Rahmen der Corona-Soforthilfen 2020/2021 im Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen vorgelegt. Schwerpunkt ist dabei auf die Evaluation der Wirksamkeit der Maßnahmen zu legen.

TOP 13.6:

Vorlage: BV/0451/2021 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: 67 – Bauhof

Ausweisung einer weiteren Beisetzungsfläche im Stadtwald Eberswalde

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlusstext:

Beschluss-Nr.: 21/212/21

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt die Verwaltung mit der Ausweisung einer weiteren Beisetzungsfläche im Stadtwald Eberswalde – Flur 8 Flurstück 446/0 (teilweise) gemäß beiliegender Karte (Anlage 1), Größe 3,95 ha als kommunalen Friedhof. Grundlage für die künftige Bewirtschaftung der weiteren Beisetzungsfläche ist der Dienstleistungsvertrag vom 09.03.2009 in seiner derzeitigen gültigen Fassung, geschlossen mit der RuheForst GmbH.

Gleichzeitig wird der Beschluss Nr. 46/403/2019 aufgehoben.

TOP 13.7:

Vorlage: BV/0454/2021 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: 67 – Bauhof

Neufassung der Nutzungsordnung für den "RuheForst Eberswalde"

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlusstext:

Beschluss-Nr.: 21/213/21

Die Nutzungsordnung für den „RuheForst Eberswalde“ wird in der Anlage 1 beigefügten Form neu gefasst. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt die Verwaltung, die Nutzungsordnung für den „RuheForst Eberswalde“ als Bewirtschaftungsgrundlage in der vorliegenden Form zu ändern. Die Nutzungsordnung vom 27.02.2009 tritt mit dem Inkrafttreten der Neufassung außer Kraft.

Die Entgeltordnung vom 27.02.2009 bleibt unverändert mit dem Zusatz vom 25.02.2011 in Kraft.

TOP 13.8:

Vorlage: BV/0465/2021 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: Fraktion SPD | BFE

Photovoltaik und Solaranlagen auf Dächern und Fassaden

Herr Wolfgramm teilt im Namen der Fraktion Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur mit, dass sie Miteinreicher der Beschlussvorlage werden möchte.

Herr Hoeck teilt mit, dass die Fraktion SPD | BFE als einreichende Fraktion der Beschlussvorlage diesem Ansinnen zustimmt.

Herr Zinn bezieht sich auf einen Presseartikel in der Märkischen Oderzeitung vom 21.07.2021, dem er entnommen hat, dass es auf Bundesebene bereits entsprechende Planungen zur Thematik „Photovoltaikanlagen“ gab, die nunmehr zurückgenommen wurden. Er bittet die Verwaltung, Erkundigungen einzuholen, ob dies stimmt und dass wir das mitnehmen und gegebenenfalls in der Beschlussvorlage spätestens im September 2021, wenn diese zur Beschlussfassung ansteht, entsprechend berücksichtigt haben.

Herr Ortel regt gegenüber den Einreichern der Beschlussvorlage an zu eruieren, inwieweit notwendige oder bestehende Förderprogramme für Photovoltaik- und Solaranlagen mit in die Beschlussvorlage einzuarbeiten bzw. als Anlage zu vermerken, um sich fundiert mit der Thematik auseinandersetzen zu können.

Herr Dr. Mai sagt dies im Namen der Fraktion SPD | BFE zu. Des Weiteren ist die Fraktion für weitere Anregungen zur Beschlussvorlage sehr dankbar und auch, wenn sich andere Fraktionen entschließen, Miteinreicher zu werden.

Frau Kersten bezieht sich im Namen der Fraktion DIE LINKE. auf den ersten Punkt des Beschlussvorschlages und regt an, im Rahmen dessen nicht nur die Wirtschaftlichkeit der Maßnahme zu berücksichtigen, sondern auch eine Prüfung der Sozialverträglichkeit vorzunehmen. Des Weiteren weist sie

darauf hin, dass es beim Land ein Dachkataster gibt, aus dem hierzu wertvolle Hinweise entnommen und in die Beschlussvorlage eingearbeitet werden können.

Herr Hoeck teilt mit, dass die Hinweise sicherlich von den einreichenden Fraktionen der Beschlussvorlage berücksichtigt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung hat die erste 1. Lesung zur Beschlussvorlage vorgenommen.

TOP 13.9:

Vorlage: BV/0471/2021 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
Fraktion DIE LINKE.

Bündnis „Seebrücke“ / Sicherer Hafen für Geflüchtete

Herr Dietterle fragt die einreichenden Fraktionen, ob die Fraktion Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur an dieser Initiative teilnehmen dürfen.

Frau Oehler teilt im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen als Miteinreicher der Beschlussvorlage mit, dass die Fraktion Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur gerne an der Beschlussvorlage teilhaben und Miteinreicher dieser sein kann. Frau Kersten bekräftigt dies im Namen der Fraktion DIE LINKE. als miteinreichende Fraktion der Beschlussvorlage.

Somit ist die Fraktion Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur Miteinreicher der Beschlussvorlage.

Im Ergebnis der Diskussion ist festzustellen, dass sowohl die Stadtverordneten als auch die Verwaltung das mit dieser Beschlussvorlage verfolgte Ansinnen unterstützen. Deutlich wurde auch, dass man sich noch eingehender mit der Thematik auseinandersetzen sollte, um sicherzustellen, dass der Landkreis Barnim als originär zuständige Behörde und auch die Stadtgesellschaft an diesem Prozess beteiligt werden. Angeregt wurde, den Runden Tisch „Willkommen in Eberswalde“ hierfür zu aktivieren und mit einzubinden, so dass dieser entsprechende Aktivitäten entwickeln kann, wie bereits im Jahr 2015 im Rahmen der Flüchtlingskrise.

Frau Oehler weist darauf hin, dass zur morgigen Sitzung des Kreistages des Landkreises Barnim bereits ein ähnlich formulierter Antrag eingebracht wurde. Im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt Frau Oehler, vor Abstimmung zur Beschlussvorlage eine Auszeit vorzunehmen.

Herr Zinn teilt mit, dass er die im Rahmen der Diskussion gemachten Ausführungen unterstützt und sagt dies an einem heute sehr denkwürdigen Tag, weil heute vor 80 Jahren Hitlerdeutschland die Sowjetunion überfallen hat. Über dieses geschichtliche Ereignis wird kein Wort verloren, aber nunmehr diese Beschlussvorlage eingereicht. Hierbei stellt sich für ihn die Frage, ob wir hier nachhaltige Stadtpolitik oder Fassaden- oder Symbolpolitik machen, damit wir sagen können, die Stadt Eberswalde ist dabei. Er weist darauf hin, dass es Menschen im Brandenburgischen Viertel gibt, die fast jeden zweiten Tag die Frage der Integration in irgendeiner Art und Weise gestellt bekommen. Er ist der Ansicht, dass wir die Integration in der Stadt Eberswalde seit 2015 nicht erfolgreich gemeistert haben. In diesem Zusammenhang bezieht er sich auf die Debatte im letzten AKSI zum Integrationskonzept für die Stadt Eberswalde, welches seit fünf Jahren noch nicht steht. Seiner Meinung nach könnte man das Integrationskonzept qualifizieren, indem man den vorliegenden Antrag integriert. Auch müssen noch

viel mehr Anstrengungen unternommen werden. Seines Erachtens steht die Flüchtlingswelle 2.0 kurz vor der Tür. Er merkt an, dass weder die Stadt Eberswalde noch der Landkreis Barnim darauf insgesamt eingestellt sind, was es zu berücksichtigen gilt. Herr Zinn informiert, dass er der vorliegenden Beschlussvorlage nicht zustimmen wird.

Herr Hoeck teilt mit, dass entsprechend dem gestellten Antrag von Frau Oehler, eine 5-minütige Auszeit vorgenommen wird.

Frau Oehler teilt im Namen aller miteinreichenden Fraktionen mit, dass diese ein von Herrn Prof. Dr. König im Rahmen der Auszeit unterbreitetes Angebot – was besagt, dass wir uns im Rahmen der Diskussion des Integrationskonzeptes noch intensiver mit der Problematik auseinandersetzen werden – dankbar angenommen haben und dass sie aus diesem Grund die Beschlussvorlage zurückziehen.

Herr Hoeck beendet die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung um 20:37 Uhr.

Martin Hoeck
Vorsitzender der
Stadtverordnetenversammlung

Kaminski
Schriftführerin

Gemäß § 13 Abs. 2 Pkt. 10 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde wurden die kursiv dargestellten Wortbeiträge mit in die Niederschrift aufgenommen.

- **Alternative für Deutschland**
 Florian Eberhardt
 Thomas Krieg
 Tilo Weingardt
 ab 18:02 Uhr anwesend
 Videozuschaltung

- **Bündnis Eberswalde**
 Ronny Hiekel
 Viktor Jede
 Christian Mertinkat

- **Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur**
 Oskar Dietterle
 Mirko Wolfgramm
 Videozuschaltung

- **AfD "Die Mitte"**
 Heinz-Dieter Parys
 Sabrina Parys

- **fraktionslos**
 Carsten Zinn

- **Dezernent/in**
 Maik Berendt
 Anne Fellner
 Prof. Dr. Jan König

- **Beiräte gemäß Hauptsatzung**
 Tim Altrichter
 Dr. Charlotte Canditt

- **Verwaltungsmitarbeiter/innen**
 Edmund Lenke
 Stefan Müller
 Stefan Prescher
 Felix Rödl